

Frieden schaffen ohne Waffen!

Die Aktualität der Forderung ‚Frieden schaffen ohne Waffen‘ zeigt sich an den jüngsten Ereignissen in Afghanistan. Immer mehr Waffen und immer mehr Soldatinnen und Soldaten führen dort zu immer mehr Toten. Und Deutschland verwickelt sich immer tiefer in diesen Krieg.

In der Nacht vom 3. auf den 4. September 2009 haben die deutschen Truppen in Afghanistan endgültig ihren Nimbus als Aufbauhelfer verloren. Auf Anordnung eines deutschen Obersten wurden zwei entführte Tanklaster auf einer Sandbank im Kundus bombardiert. Bis zu 140 Menschen – darunter Kinder und Jugendliche – starben im Bombenhagel. Dies war die tödlichste Militäroperation Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg.

Als Begründung gab sowohl die alte als auch die neue Bundesregierung an, es habe die Gefahr bestanden, dass Tanklaster als rollende Bomben für einen Anschlag auf deutsche Militärlager benutzt werden sollten. Enthüllungen deuten darauf hin, dass das Bombardement vor allem Taliban - Kommandeuren galt, die sich bei den LKWs aufhielten. Oberst Klein, der die Bombardierung anordnete, sagte im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages aus, er hätte auch lieber Brunnen gebohrt und Schulen eingeweiht, aber es fänden täglich Angriffe auf die deutschen Truppen statt, so dass er keine andere Wahl gehabt habe, als die Aufständischen zu bombardieren.

Durch die Bombardierung wurde schlagartig klar, dass Deutschland am Hindukusch Krieg führt. Dazu hat Außenminister Westerwelle sich nun im Bundestag auch endlich bekannt. Nachdem es lange hieß, die Bundeswehr verteidige Deutschland am Hindukusch und baue Brunnen, Strassen und Schulen, erklärte Westerwelle nun die Kämpfe in Afghanistan offiziell als ‚nicht internationalen bewaffneten Konflikt‘ – gemeint ist ein Bürgerkrieg. Damit gilt defacto Kriegsrecht und das Töten von Zivilisten als Nebenfolge ist zulässig, wenn es nicht unverhältnismäßig ist.

Diese Klarstellung war aus Sicht der Bundesregierung notwendig, weil der Krieg in Afghanistan eskaliert und immer mehr Menschen sterben. Seit Anfang Februar 2010 findet eine NATO-Großoffensive in der Provinz Helmand statt. An der größten Offensive seit dem Sturz des Taliban-Regimes vor neun Jahren sind unter Führung der US-Marineinfanteristen 15.000 Soldaten beteiligt, darunter 4.400 der afghanischen Truppen. Bei einem Raketenangriff am Sonntag kamen zwölf Zivilisten ums Leben. Bei weiteren Zwischenfällen starben weitere Zivilisten, unter ihnen auch wieder Kinder.

Deutschland und die NATO fahren in Afghanistan eine Doppelstrategie. Einerseits wurde und wird versucht, mit immer mehr Soldatinnen und Soldaten Stabilität zu erzwingen. Andererseits soll Afghanistan ‚sicherer‘ werden durch das Konzept der so genannten vernetzten Sicherheit, also der Einbeziehung von Entwicklungshilfe, Wirtschafts- und auch Kulturpolitik in die militärische Strategie. Doch weder mehr Soldaten noch mehr zivilmilitärische Zusammenarbeit haben Afghanistan ‚sicherer‘ gemacht. Das Gegenteil ist der Fall. Das beweisen nicht nur die jüngsten Vorfälle.

Die militärische Dominanz in der sog. zivil-militärischen Zusammenarbeit wird durch Nichtregierungsorganisationen heftig kritisiert. Anlässlich des NATO-Gipfels 2009 forderten zehn große Hilfsorganisationen wie etwa Oxfam und Care von der NATO, diese Konzepte der vernetzten Sicherheit nicht weiter zu verfolgen. Besonders gefährlich sei für die Nicht-

regierungsorganisation (NGOs), dass sie auf Grund der Instrumentalisierung durch das Militär immer häufiger zur Zielscheibe von Anschlägen würden. Die meisten zivilen Akteure in Afghanistan sind sich einig, dass die vernetzten zivilmilitärischen Ansätze nicht zu einer Zivilisierung militärischer Strukturen sondern zu einer Militarisierung der zivilen Hilfe und damit zu einer Gefährdung von Hilfe und HelferInnen geführt hat.

Die NATO führt Krieg in Afghanistan und Deutschland ist als drittgrößter Truppensteller dabei. Deutsche Soldatinnen und Soldaten sind nicht nur in Afghanistan dabei, sondern sie kämpfen überall auf der Welt. Und wenn keine deutschen Soldaten dabei sind, dann häufig Waffen aus deutschen Rüstungsschmieden.

Dabei stand nach zwei Weltkriegen für die Mehrheit der Menschen in Ost- und Westdeutschland fest: „Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen.“ Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist in allen Umfragen gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und anderswo, aber die Regierungen handeln gegen die Mehrheit der Einwohner und Einwohnerinnen.

Die Auferstehung Deutschlands als Militärmacht vollzog sich unter dem Schuttschirm und im Rahmen der NATO. Die Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer wurden mit der Wiedervereinigung in die NATO eingebracht. Sie wurden nicht um Zustimmung zur Mitgliedschaft in der NATO gefragt. Die Idee eines militärisch neutralen Deutschlands wurde schnell beiseite gefegt.

Obwohl seinerzeit Kanzler Kohl feststellte, Deutschland sei nur noch von Freunden umgeben, wurden neue Sicherheitsinteressen festgelegt. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 aus dem Hause Rühle definierten die "Aufrechterhaltung des freien Welt Handels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" als vitale deutsche Sicherheitsinteressen. Damals begann das Verteidigungsministerium mit dem Aufbau der so genannten Krisenreaktionskräfte. Aber erst die Koalition aus SPD und Grünen verwickelte Deutschland 1999 mit der Bombardierung Jugoslawiens in den ersten Krieg seit 1945.

Seit der Unterstützung der völkerrechtswidrigen Intervention in Jugoslawien im Jahr 1999 befindet sich Deutschland im permanenten Kriegszustand. Es folgte im Rahmen der uneingeschränkten Solidarität, wie Schröder das nannte, der Bündnisfall im Rahmen der NATO bei der Ausübung des Rechts auf Selbstverteidigung der USA in Afghanistan nach dem 11. September 2001.

Die USA haben den sog. „Krieg gegen den Terror“ 2001 nach den Anschlägen auf das World Trade Center begonnen. 9/11 war ein willkommenes Anlass für diesen schon lange geplanten Krieg. Bereits Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte Zbigniew Brzezinski in seinem Buch ‚Die einzige Weltmacht‘ Amerikas Strategie der Vorherrschaft in der Welt beschrieben. Mitte der 90er Jahre hatten die USA die Seiden-Straßen-Strategie verabschiedet, in der sie ihre geopolitischen Ansprüche auf den Nahen und mittleren Osten festlegten.

Deutschland als Exportnation mit wenig eigenen Rohstoffen verfolgt in diesen Kriegen eigene Interessen. Und auch wenn Deutschland sich nicht direkt am Irak-Krieg beteiligte und die Schröder-Fischer-Regierung als angebliche Friedensparteien die Bundestagswahlen 2002 gewannen, war Deutschland doch von Anfang an auch an dieser Auseinandersetzung beteiligt. Der BND versorgte die US-Streitkräfte mit Informationen für Bombardierungen. Deutschland stellt Überflugrechte und Logistik zur Verfügung. Die meisten US-

Luftangriffe starten von US-Basen auf deutschem Boden. Ohne die US-Basen in Deutschland wäre der Nachschub und somit die Kriegführung für die USA kaum möglich.

Inzwischen beteiligt sich Deutschland nicht nur weiter an der Besetzung des Balkans und an dem geostrategischen Zugriff in Afghanistan, sondern ist auch im Mittelmeer und am Horn von Afrika mit Kriegsflotten dabei. Als jüngstes Mandat wurde die Piratenjagd im Rahmen der EU-Mission ATALANTA beschlossen und geht nun auch schon ins zweite Jahr. Auch hier geht es vorrangig um die Sicherung der Handelstransporte am Horn von Afrika.

Zurzeit sind knapp 7.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten weltweit an 11 Auslandseinsätzen rund um den Globus beteiligt. Vom Balkan über das Mittelmeer und das Horn von Afrika bis nach Afghanistan und Georgien. Aus der Verteidigungsarmee Bundeswehr wurde eine Armee im Auslandseinsatz.

Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik ist unübersehbar. Krieg ist ein Mittel der deutschen Politik geworden. Im Weißbuch der Bundeswehr wurde festgestellt, dass Deutschland in „hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und freien Transportwegen abhängig“ sei. Die deutsche Industrie ist Exportweltmeister und will dies auch mit allen Mitteln bleiben. Energie und Rohstoffsicherung und die Sicherung der Seewege, des freien Handels sind deshalb sicherheitspolitische Aufgaben. Kriegseinsätze im Ausland und nicht mehr die Landesverteidigung bestimmen heute das Kerngeschäft der Bundeswehr.

Um in diesen Auseinandersetzungen bestehen zu können, wird die Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer Interventionsarmee umgebaut und mit alten und neuen Waffen auf- und umgerüstet. Auslandseinsätze gibt es nicht zum Nulltarif. Der Rüstungshaushalt ist der drittgrößte Einzelhaushalt und der einzige Haushaltsposten, der Jahr für Jahr beachtliche Steigerungsraten aufweist. Das Kriegsministerium erklärte zu Zeiten der Großen Koalition 2007 stolz, der Verteidigungshaushalt hat sich zum ‚Einsatzhaushalt‘ entwickelt.

Waren es 2006 noch 27,9 Mrd. € so stieg der Kriegsetat 2009 auf 31,1 Mrd. €. Dazu kamen noch mal rund 800 Mio. € aus dem Konjunkturpaket II. Im Entwurf für 2010, der im März abschließend beraten werden soll, sind erneut 31,1 Mrd. € vorgesehen. Das sieht im ersten Augenblick sogar wie ein winziges Minus von 0,1 % aus. Aber wie so oft, steckt der Teufel im Detail. Viele Ausgaben sind in anderen Haushaltsposten versteckt und allein schon nach den Kriterien der NATO beträgt der Haushaltsansatz 34,0 Mrd. € gegenüber 33,5 Mrd. € im Vorjahr. Das ergibt erneut eine Steigerung um 1,5 %. Und das in Zeiten der Krise und sinkender Steuereinnahmen.

Damit die Kosten für den Umbau bzw. die Transformation der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer Armee im Einsatz nicht völlig aus dem Ruder laufen, wurde unter Minister Scharping eine weitgehende Auslagerung aller militärisch nicht relevanten Aufgaben beschlossen. Durch Privatisierung und Outsourcing sollten die Personalkosten gesenkt und damit Gelder für militärische Beschaffungen frei werden. Mit gleich bleibenden Ausgaben sollte der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee bewerkstelligt werden.

Ziviles Personal wurde und wird in zahlreiche PPP-Projekte ausgelagert. Allerdings ist die Privatisierungsstrategie hier genauso wenig aufgegangen wie anderswo. Die Kosten für diese Betreiberverträge sind zur Freude der Industrie von 630 Mio. 2006 auf 1,5 Mrd. massiv angestiegen und sollen bis 2013 eine Höhe von 2 Mrd. erreichen.

Trotzdem müssen die Großprojekte finanziert werden. Die Planung sieht eine Steigerung der Investitionsquote des Bundeswehrhaushaltes von 24,4 % 2009 über 24,6 % 2010 auf 31 % in 2013 vor. Obwohl die Großprojekte ein Fass ohne Boden sind, war und ist keine Bundesregierung bereit, rüstungsindustrielle Interessen hinten an zu stellen. Manche Rüstungsprojekte stammen noch aus Zeiten des kalten Krieges und sind für moderne Interventionskriege nicht geeignet. Trotzdem wird an diesen Altlasten festgehalten. Es geht eben auch um gezielte Förderung der deutschen Rüstungsindustrie und ihre Exportfähigkeit.

Die Entwicklung und Bestellung des Eurofighters stammt noch aus Zeiten des Kalten Krieges. Abfangjäger sind wenig tauglich für moderne Kriege. Die Kosten für dieses Projekt haben sich von ursprünglich 13 Mrd. € auf inzwischen 25 Mrd. € fast verdoppelt. Dazu kommen noch 2 Mrd. für die Bewaffnung. Obwohl es keinerlei militärische Notwendigkeit dafür gibt, will die Bundesregierung am Kauf der Tranche 3b des Eurofighter (die letzten 37 von insgesamt 180 Kampfflugzeugen) festhalten. Es sei denn, sie kann sie exportieren, z.B. nach Indien oder den Oman. Soviel zum Thema, deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Es gibt noch Raum für politischen Druck, denn weder die Beschaffungsverträge für Deutschland noch die Exportverträge sind bis jetzt unterzeichnet.

Das Luftverteidigungssystem MEADS ist auf Feinde im Umkreis von 1000 Kilometer ausgerichtet (also auch ein Produkt des Kalten Krieges). Für Interventionen in alle Welt ist es wegen des hohen Transportaufwands kaum geeignet. Dennoch sollen vier bis fünf Milliarden Euro – das ist allein der deutsche Anteil - für das gemeinsame Rüstungsprojekt mit den USA ausgegeben werden. Die Kaufverträge sind noch nicht unterzeichnet.

Mit dem A400M sollen die modernen Hubschrauber und Schützenpanzer in weit entfernte Einsatzgebiete gebracht werden. Das Transportflugzeug soll bis zu 32 Tonnen über weite Strecken fliegen und auch den neuen Wunderpanzer PUMA in die Einsatzgebiete bringen. Allerdings kann der A400M bis heute weder die geforderte Nutzlast transportieren noch die gewünschte Reichweite erzielen. Der Pannen-Airbus wird die deutschen SteuerzahlerInnen wohl deutlich mehr als die geplanten circa 10 Milliarden Euro kosten. Die Industrie hat sich mit der Entwicklung finanziell verkalkuliert. Auf Grund des Ganzen hätte die Bundesregierung ein Sonderkündigungsrecht! Das soll aber nicht ausgelöst werden. Es wird über die Beteiligung an zusätzlichen Entwicklungskosten verhandelt.

Auch beim Schützenpanzer PUMA explodieren die Kosten, der Panzer wird schwerer als geplant und passt nicht in den A400M! Es gibt Probleme mit der Technik und die Auslieferung verzögert sich immer wieder. Auch hier hat die Bundesregierung kein Interesse auch nur zu prüfen, ob und wie sie aus den Verträgen in Höhe von 4,5 Milliarden aussteigen könnte.

Ebenso entpuppt sich der Aufbau einer funktionierenden Kriegsflotte als teures Unterfangen. Vier Fregatten 125 sollen es der Bundeswehr ermöglichen, auch in entlegenen Seegebieten über mehrere Monate hinweg Kanonenbootpolitik zu betreiben. Für vier Fregatten erhöhten sich die Beschaffungskosten von ursprünglich 2,2 auf knapp 3 Mrd. €. Auch weitere Marineprojekte der Bundeswehr, wie der Einsatzgruppenversorger, werden immer teurer. Die Kosten explodierten allein im letzten Jahr um 42% auf jetzt: 350 Millionen. Sechs zusätzliche U-Boote 212A werden für mehr als eine Milliarde gekauft.

Weitere größere Rüstungsprojekte sollen die Einsatzfähigkeit der Bodentruppen im Ausland verbessern:

- Kampfhubschrauber UHU Tiger (80 Stück für 5,1 Mrd./ circa 30 bereits erhalten)

- Bewaffnung für den UHU Tiger (430 Mio.)
- NATO Transporthubschrauber NH 90 (122 Stück für 5 Milliarden). Auch hier gibt es massive Verzögerungen.

Insgesamt umfassen die laufenden Rüstungsprojekte ein Volumen von fast 100 Mrd. Euro. Das ist friedens- und sozialpolitischer Wahnsinn.

Rüstungskonzerne verzeichnen Rekordumsätze und das weltweit. 2008 wurden weltweit Waffen für unglaubliche 1.464 Mrd. US-Dollar verkauft. Dies ist gegenüber 1999 eine Steigerung um 45 %. Die Kriege in Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak sind lukrativ für die Waffenindustrie. Ohne diese Kriege wären diese Steigerungsraten nicht möglich gewesen. Auch für die deutsche Rüstungsindustrie laufen die Waffengeschäfte trotz Wirtschaftskrise weiterhin gut. Dazu tragen nicht nur die Beschaffungen der Bundeswehr sondern auch die großzügige Exportförderungs politik der Bundesregierung bei. Die deutsche Rüstungsindustrie hat sich in der Zeit von 2004 bis 2008 endgültig den Platz drei der Waffenexportierenden Nationen weltweit gesichert. Insofern beansprucht die Bundesregierung nicht ganz zu unrecht einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Schließlich zählen die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates zu den führenden Rüstungsexporturen der Welt.

Die deutschen Rüstungsausfuhren stiegen in den letzten fünf Jahren um rund 70 %, der Weltmarktanteil konnte von sieben auf zehn Prozent ausgebaut werden. Damit belegt Deutschland nach den USA mit einem Weltmarktanteil von 31 % und Russland (21%) mit 10 Prozent den dritten Platz in der Welt. Verkaufsschlager sind Kriegsschiffe – (vor allem U-Boote) – sowie Kampf- und Schützenpanzer. Aber auch Kampfhubschrauber ebenso wie der Eurofighter, Tankflugzeuge, Drohnen und Sturmgewehre sind weltweit beliebt. Hauptabnehmer waren die Türkei, Griechenland, Australien, Südafrika und Südkorea. An diese fünf Länder gingen 45 % der Exporte von deutschen Großwaffen.

Rüstungsexporte insbesondere in Krisengebiete erhöhen die Kriegsgefahr zusätzlich und schaffen wiederum neue Absatzmärkte für die Rüstungsindustrie. Der zunehmende Waffenhandel hat die Welt zunehmend unsicherer gemacht. Die Verantwortung liegt bei den großen Rüstungskonzernen und den Exportnationen USA, Russland, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, die zusammen 78 % des weltweiten Waffentransfers bestreiten.

Mit dem Geld, das für staatliche Subventionen an die deutsche Rüstungsindustrie und für Waffenkäufe ausgegeben wird, könnten unendlich viel mehr Arbeitsplätze im zivilen Sektor geschaffen werden. Um die großen Millenniumsziele der UN zu erreichen, also die acht schlimmsten Plagen der Menschheit vom Hunger bis zur mangelnden Bildung zu besiegen und wirklich die ganze sog. Dritte Welt aus der materiellen Not zu führen, bräuchte es laut UN-Berechnungen nur 82 Milliarden Dollar pro Jahr für einen Zeitraum von fünf Jahren! Das ist nur ein Bruchteil der jährlichen Ausgaben für Waffen weltweit.

Durch Krieg und Besatzung werden die Probleme dieser Welt nicht gelöst, sie sind vielmehr Teil des Problems. Kriege verschlingen Ressourcen, die dringend benötigt werden, um Menschen nicht nur in Krisengebieten faire Entwicklungschancen zu eröffnen.

Abrüstung jetzt!
Frieden schaffen ohne Waffen!